

MOBILITÄT & VERKEHR

Titel	Seite
Investitionszuschüsse an SSB	2
Werktägliches SSB-Nachttakt einführen	3
365-Euro-Jahresticket — 1 Euro pro Tag für Schüler, Azubis, Studierende und Bezieher*innen von Transferleistungen!	4
365-Euro-Ticket für ALLE einführen	6
Städtebaulichen Wettbewerb auch für B27 und B27a: Verkehrsfläche für motorisierten Individualverkehr halbieren	7
Betriebskonzept für Panorama-Express-S-Bahn Zuffenhausen - S-Vaihingen	8
Kostenfreie Beförderung bis einschließlich 14 Jahre im Nahverkehr	10
Führerschein gegen VVS-Jahresticket	11
Mobility Inside – Eine Plattform für alle Tickets	13
Umsetzung Tempo 30 nachts	14
Fußgängerfreundliches Stuttgart	15
Abschleppmaßnahmen Falschparker intensivieren	17
Dienstfahrradleasing für alle städtischen Beschäftigten	18
Barcelona Superblock – Modellhafte Umsetzung	19
Förderprogramm Lastenräder für Familien mit Sozialkomponente verstetigen	20
Jeden Sonntag autofrei – und ÖPNV kostenlos	21
Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten	23
Reale Kosten des Verkehrs – Externe Ermittlung nach dem Konzept der Uni Kassel	24
Neubürger*innen-Fahrradgutschein	25
Schul- und Kitaweg sicher machen – Schutzzaun zwischen Polizeisiedlung und Vogelrain errichten	26
Summe: 20 Anträge	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Investitionszuschüsse an SSB

Wir beantragen:

1. Damit die städtische SSB AG notwendige Investitionen in die Erneuerung der Schieneninfrastruktur der 1980er Jahre, Ersatzbeschaffungen für die 35 Jahre alten Stadtbahnwagen der 1. Generation stemmen, Stadtbahnen der 2. Generation aufarbeiten, Liegenschaften revitalisieren sowie zusätzliche Stadtbahnen und Busse zur Ausweitung des Nahverkehrsangebots finanzieren kann, wird ihr ab 2020ff (inklusive Mittelfristiger Finanzplanung) ein Investitionszuschuss i.H.v. 35 Mio. Euro gewährt.

Begründung:

Mit ca. 350 Mio. Euro für die Grundsanierung der 133 Kilometer umfassenden Schieneninfrastruktur, Ersatzbeschaffungen von Stadtbahnen (ca. 160 Mio. Euro) und der Aufarbeitung weiterer Stadtbahnen der 2. Generation (65 Mio. Euro) ist die SSB mit immensen Investitionssummen konfrontiert, die weitgehend ohne Zuschüsse von Bund und Land zu stemmen sind, um nur den status quo zu erhalten. Zusätzlich sind wichtige Investitionen in die Revitalisierung von Liegenschaften wie der SSB-Zentrale in Möhringen zu leisten, aber auch Ausbaumaßnahmen zu finanzieren, die zur Steigerung der Beförderungsleistung beitragen. Ohne erhebliche Unterstützung aus dem Stadthaushalt ist die SSB nicht in der Lage diese Lasten zu schultern.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass zur Umsetzung der Ziele aus der Aufsichtsratsklausur von Degerloch die zügige Beschaffung zusätzlicher Stadtbahnen notwendig ist. Für die Bestellung zusätzlicher 15 Stadtbahnen der Generation S-DT 8.14 für die Ausweitung des Leistungsangebots der SSB zur Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Maßnahmen im Sinne der Klausur des Aufsichtsrats am 03.06.2016 sind Investitionen i.H.v. 54,8 Mio. Euro zu leisten. Auch über diese Bestellung kann mit dem Investitionskostenzuschuss im Aufsichtsrat entschieden werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Uhrzeit:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1 Uhrzeit:
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Werktäglichen SSB-Nachttakt einführen

Antrag:

1. Die SSB wird beauftragt, einen werktäglichen Nachttakt zum Fahrplanwechsel 2021/2022ff anzubieten. Hierfür wird der SSB, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2021ff, jährlich ein Betrag von 5,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Eine detaillierte Beschlussvorlage über Betriebsvarianten mit Stadtbahn, Bus, On-Demand-Lösungen oder in kombinierten Varianten (insb. zur notwendigen Fahrweginstandsetzung) wird dem Gemeinderat 2020 zur Beratung vorgelegt.

Begründung:

Um allen Bedürfnissen nach Verkehrsleistungen gerecht zu werden, soll mit dem Fahrplanwechsel 2020/2021 ein werktäglicher Nachttakt bei der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) eingeführt werden. Die in alle Fahrrichtungen sprunghaft angestiegene Verkehrsnachfrage auf der Nacht-S-Bahn zeigt, dass eine solche Maßnahme notwendig ist. Stuttgart ist als Landeshauptstadt und Oberzentrum gefordert, die Lebensrealität ihrer Bürger*innen anzuerkennen. Da ein zusätzliches Verkehrsangebot in den Nachtstunden nicht mit zusätzlichen Fahrzeugen einhergeht ist die Ausgleichssumme für höhere Aufwendungen im Personalbereich des Fahrdiensts überschaubar.



 Thomas Adler Hannes Rockenbach
 Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR



eingeschränkt sind. Ein regionsweit einheitliches vergünstigtes Jahresticket würde eine erhebliche Ungerechtigkeit des VVS-Tarifsystems aufheben und eine Lücke im Tarifangebot schließen. Mit einem Euro pro Tag und monatlicher Zahlungsoption bewegt sich das 365-Euro-Ticket beispielsweise auch im Rahmen des Hartz-4-Regelsatzes für Mobilität. Dazu kommt, dass sich aufgrund der VVS-Tarifzonenreform die Einführung eines Sozialtickets durch einen einzelnen Landkreis aufgrund der Vereinheitlichung auf Ringe automatisch auf den Fahrbereich aller Kreise außer Göppingen und Stuttgart erstrecken würde. Einzig sinnvoll ist daher nur die Finanzierung durch den gesamten VVS.

Zentrales Ziel ist jedoch die lang überfällige Vereinheitlichung des Tarifsystems und die Schaffung eines für Fahrgäste attraktiven und transparenten Tarifgefüges.

Innovative Ticketlösungen zur Förderung und Vereinfachung der ÖPNV-Nutzung sind angesichts der Klimakrise dringend notwendige Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung, und werden in diversen Verkehrsverbänden bereits umgesetzt. So wurde beispielsweise in Berlin ab 01.08.2019 die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen für Schüler*innen ermöglicht. Zugleich startete der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) für Auszubildende ein neues Jahresticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin und Brandenburg für 365 Euro im Jahr, also 1 Euro pro Tag. Ziel der beiden Bundesländer ist es, Familien und jungen Menschen bei ihren Mobilitätskosten zu entlasten, Individualverkehr zu verringern und umweltfreundliches Verhalten zu fördern. An diesen Zielen sollte sich auch die Region Stuttgart orientieren. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir einen Schritt in die richtige Richtung anregen.

Auch profitieren VVS und die Nahverkehrsunternehmen in der Region mittel- und langfristig von einem attraktiven 365-Euro-Ticket, da davon auszugehen ist, dass einmal für den ÖPNV gewonnene Kunden öffentliche Verkehrsmittel auch dann in erheblicher Zahl weiter nutzen, wenn sie nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase oder nach einer Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht mehr zum Bezug eines vergünstigten Tickets berechtigt sind. Die positive Auswirkung günstigerer Tickets auf die Fahrgastzahlen zeigt sich ja bereits gegenwärtig als Folge der VVS-Tarifreform.

Die Erfahrungen Stuttgarts mit der Rabattierung mehrerer Ticketarten um 50 Prozent auf Basis der „Bonuscard“ zeigen, dass ein eventueller Abmangel wirkungsvoll begrenzt werden kann. Ein attraktives preisliches Angebot kann selbst ohne kurzfristige Angebotserweiterung eine hohe Zahl an zusätzlichen Nutzern generieren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____
 Eingang bei: 10-2.1 _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff 365-Euro-Ticket für ALLE einführen

Wir beantragen:

1. Die Stadt stellt die notwendigen Haushaltsmittel für ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Tarifzone 10 in den Haushalt. Jede_r soll berechtigt sein, ein solches 365-Euro-Jahresticket zu erwerben. Auszubildende, Schüler*innen sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Jahresticket für 270 Euro erwerben können.

Begründung:

Stuttgart ist nach wie vor die Stadt mit der höchsten Luftschadstoffkonzentration und gleichzeitig einer immer noch wachsenden Zahl an Kraftfahrzeugen auf den Straßen. Eine grundlegende Verkehrswende hin zu einer multimodalen Mobilitätskultur durch Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf umwelt-, klima- und ressourcenschonende Transportmittel ist jedoch alternativlos. Die Studie des Landes „Mobiles BW – Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“ weist dabei den Weg: Bis 2050 muss der heutige Bestand an Kraftfahrzeugen um 85 Prozent abschmelzen, damit die vollständige Dekarbonisierung des Verkehrssektors in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen des Landes gelingen kann. Für diese ökologische Verkehrswende ist ein leistungsfähiger, attraktiver und alle Bedürfnisse abdeckender ÖPNV das notwendige Rückgrat. Doch während ÖPNV-Nutzer_innen einen immer höheren Anteil an Kosten für Betrieb, Fuhrpark und Infrastruktur tragen, zieht sich die öffentliche Hand schrittweise weiter aus der Mitfinanzierung zurück. Hier muss konsequent umgesteuert werden. Wir wollen in einem ersten Schritt ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Zone einführen, damit für alle spürbar ist, was eine ökologische und soziale Verkehrswende bedeutet.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Betriebskonzept für Panorama-Express-S-Bahn Zuffenhausen - S-Vaihingen

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Verband Region Stuttgart ein Betriebskonzept für eine Express-S-Bahn-Tangentialverbindung auf der in städtischem Eigentum befindlichen Gäubahn-Panoramatrasse zwischen den Haltestellen Zuffenhausen und Stuttgart-Vaihingen zur Entlastung der S-Bahn-Stammstrecke auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist die Reaktivierung des Haltepunkts Westbahnhof und weiterer möglicher Haltepunkte zu untersuchen.Hierfür sind 100.000 Euro in den Haushalt 2020 einzustellen. Ziel ist die Einführung der S-Bahn-Verbindung zum Fahrplanwechsel 2021-2022.

Begründung:

Die S-Bahn-Stammstrecke zwischen Hauptbahnhof und Schwabstraße ist die meistbefahrenste und damit störungsanfälligste Strecke innerhalb des regionalen S-Bahnnetzes. Im Januar dieses Jahres stimmte die Regionalversammlung einstimmig für die Einführung der neuen Signaltechnik ETCS auf der Stammstrecke, um durch kürzere Zugfolge einen Abbau von Verspätungen und eine verlässlichere 15-Minuten-Taktfolge zu ermöglichen. Eine weitere Verkehrsverdichtung jedoch ist nicht mehr möglich. Auch mit ETCS ist die Stammstrecke am Limit.

Hier bringt die von uns beantragte Express-tangente zwischen Zuffenhausen und Vaihingen über die Panoramabahnstrecke diverse Vorteile mit sich. Zum einen entlastet sie durch Schaffung einer Umgehungsverbindung die überbeanspruchte Stammstrecke. Zum anderen schafft sie eine schnelle Nord-Süd-Verbindung für Direktpendler, die durch den Verzicht auf Zwischenhalte eine sehr attraktive Fahrzeitreduzierung von ca. 8-9 Minuten zur Folge haben dürfte.

Am Regionalbahnhof Vaihingen ist aufgrund der zusätzlichen Ansiedlungspläne großer Unternehmen wie Allianz oder Daimler mit einem starken Zustrom von Berufspendlern zu rechnen, die zur Vermeidung von Verkehrschaos, Stau, Luftschadstoffen und Lärm im Einzugsgebiet Vaihingens auf die Nutzung der Schiene gelenkt werden müssen. Attraktive Direktverbindungen am Hauptbahnhof vorbei sind hier ideal.

Nicht zuletzt würde die Streckenverbindung eine sinnvolle und kostengünstige Nutzung der Gäubahntrasse erschließen, über deren künftige Funktion noch keine klaren Vorstellungen

MOBILITÄT & VERKEHR

bestehen. Neben einigen Haltestellenanpassungen und kleineren Instandsetzungsarbeiten könnte die neue Verbindung relativ zeitnah realisiert werden. Am Bahnhof Vaihingen besteht ausreichend Platz für Einfahrt der neuen S-Bahn, insbesondere da die Gäubahnstrecke ja bereits gegenwärtig bei Störungen als Ausweichlinie für S-Bahnen nach Vaihingen genutzt wird.

Auch eine mittelfristige Verlängerung der Strecke zum Flughafen und zur Messe wäre für Reisende und Pendler gleichermaßen attraktiv. Daneben würde sich, ebenfalls mittel- und langfristig, eine Reaktivierung und Nachrüstung des Westbahnhofs Stuttgart an der Gäubahnstrecke mit einem Betriebskonzept für die Verknüpfung mit der Stadtbahn anbieten, um den Schienenverkehr im Norden Stuttgarts weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

Haushaltsantrag

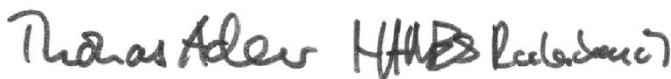
Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Kostenfreie Beförderung bis einschließlich 14 Jahre im Nahverkehr

Wir beantragen:

- Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Ziels der kostenfreien Beförderung von Kindern bis einschließlich 14 Jahre in der Zone 10 des VVS. Die hierfür entstehenden Kosten sind darzustellen.

Begründung:

Mit dem neuen Schülerticket Berlin für die Tarifzonen A und B ist für alle Schüler*innen mit „Schülerausweis I“ die kostenfreie Beförderung sichergestellt worden. Berlin ist hier bundesweit Vorreiterin. Bislang ist im VVS lediglich bis zum 6. Lebensjahr die kostenlose Beförderung gewährleistet, nicht jedoch für Schüler*innen. Als Maßnahme zur Familienfreundlichkeit sind wir der Auffassung, dass die Beförderung bis einschließlich dem 14. Lebensjahr kostenfrei sein sollte.



Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Führerschein gegen VVS-Jahresticket

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung erarbeitet eine stadtweite Initiative, um Senior*innen ab 65 Jahren, bzw. Menschen im Rentenbezug ab 60 Jahren, zum freiwilligen Tausch ihres Führerscheins gegen ein Seniorenticket Netz für ein Jahr zu animieren. Bisher gemachte Erfahrungen aus dem Pilotprojekt des Landkreises Ludwigsburg sollen in die Gestaltung der Initiative einfließen.
2. Zusätzlich ist grundsätzlich allen Stuttgarter*innen die Möglichkeit zu eröffnen, den Führerschein gegen ein VVS-Jahresticket in der Zone 10 abzugeben.
3. Hierfür sind die in GRDRs 832/2019 dargestellten Ressourcen in den Haushalt einzustellen. Zusätzlich werden 50.000 Euro pro Haushaltsjahr für Antragspunkt 2 bereitgestellt.

Begründung:

Für viele Senior*innen ist die Frage nach der Abgabe des Führerscheins im höheren Alter ein sensibles Thema. Die Fahrerlaubnis symbolisiert für viele Menschen Unabhängigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und persönliche Mobilität.

Andererseits nehmen kognitive Fähigkeiten und Reaktionsgeschwindigkeit im Gefahrenfall mit zunehmendem Alter ab, Sehprobleme und Medikamenteneinfluss oft zu. Zwar verursachen Senior*innen trotz eines Bevölkerungsanteils von 20 Prozent lediglich 14 Prozent aller Unfälle. Sind über 64-Jährige jedoch als PKW-Fahrer an einem Unfall beteiligt, trugen sie im Jahr 2016 in 67 Prozent der Fälle die Hauptschuld, bei den über 74-Jährigen sogar zu 75 Prozent ⁽¹⁾. Selbst in der Hochrisiko- Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen waren „nur“ 71 Prozent aller Unfälle selbst verschuldet ⁽²⁾.

Die individuelle Thematik entzieht sich pauschalen gesetzlichen Regelungen, fährt doch die eine mit 80 Jahren noch deutlich besser als der andere mit 60. Eine freiwillige Option auf Führerscheinverzicht, gekoppelt an ein alternatives Mobilitätsangebot, lädt Senior*innen daher nicht nur dazu ein, sich mit dem Thema Fahrfähigkeit und Alternativen auseinanderzusetzen, sondern bietet auch konkrete Vorteile. Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe bleiben erhalten, die oft vorhandene Schwelle zum Übergang in die ÖPNV-Nutzung wird gesenkt. Und viele Senior*innen, denen die Führerscheinrückgabe mit einem Jahresticket versüßt wird, bleiben wahrscheinlich auch in den Folgejahren beim ÖPNV, wenn

MOBILITÄT & VERKEHR

sie das momentan mit monatlich 56,70 EUR doch recht günstige Senienticket selbst finanzieren müssen.

Darüber hinaus sind Führerschein-gegen-Senienticket-Projekte nicht fremd. Im Landkreis Ludwigsburg lief sehr erfolgreich ein zweijähriges Versuchsprojekt bis zum 31. Dezember 2017.

Eine Führerschein-gegen-Senienticket-Initiative sensibilisiert ältere Autofahrer*innen, hilft Unfälle zu vermeiden und wirbt ganz allgemein für die stärkere Nutzung des ÖPNV. Angesichts der Luftschadstoff- und Lärmbelastung, Stau und Fahrverboten ist jede*r Einzelne, der vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt, jeder PKW, der nicht mehr weiter betrieben wird, ein Gewinn für Mensch und Umwelt. Ein Gewinn auch für das im ÖPNV-Pakt zwischen Land, Region, Landkreisen und Stadt Stuttgart festgeschriebene Ziel der Erhöhung der ÖPNV-Nutzung um 20 Prozent bis 2025.

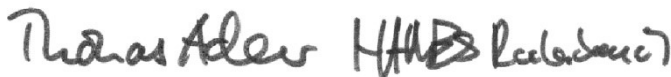
Darüber hinaus geht die demographische Entwicklung auch an Stuttgart nicht vorbei.

Mehr ältere ÖPNV-Nutzer*innen bedeuten mehr Nachfrage, und die notwendigen Impulse zum Ausbau eines seniorengerechten öffentlichen Nahverkehrs, auch im ländlichen Raum und außerhalb des Schienennetzes von Stadt-, Regional- und S-Bahnen, müssen jetzt gesetzt werden. Nur so kann der ÖPNV eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden, der auch die Senior*innen von heute und morgen mitnimmt.

Grundsätzlich soll das Angebot eines Führerscheintauschs aber allen Bürger*innen zur Verfügung stehen, ungeachtet der Motivation oder der persönlichen Hintergründe.

¹ Deutsche Verkehrswacht, Zahlenmaterial von 2016.

² Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Mobility Inside – Eine Plattform für alle Tickets



Wir beantragen:

1. Der Vorstand wird beauftragt, die SSB AG als Gründungsgesellschafterin und Komplementärin an der Initiative „Mobility inside“ zu beteiligen. Hierzu wird ein einmaliger Investitionszuschuss i.H.v. 1,25 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt. Da die Maßnahme lediglich die Liquidität der der SSB AG tangiert ist eine Anpassung des Wirtschaftsplans nicht nötig.

Begründung:

Gegenwärtig plant die EU-Liberalisierung des Vertriebs im Bereich der Mobilitätsdienstleistungen. Deutschland hat jedoch die Möglichkeit einer eigenen Lösung. Mobility inside (MI) als Initiative der Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbünde hat das Ziel, sämtliche Mobilitätsangebote intermodal und überregional buchbar zu machen. MI ist damit ein entscheidender Baustein einer multimodalen Mobilitätskultur. Umständliche Registrierungen auf unterschiedlichen Portalen entfallen. Die Plattform soll einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Akteure auf dem Verkehrsmarkt ermöglichen. Mittelfristig können so die Vertriebskosten gesenkt werden.

Da mit Mobility inside künftig Provisionen verbunden sind ist nach der Anfangsinvestition ein gewinnbringendes Geschäftsfeld für die SSB verbunden und nachgewiesen.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____
 Eingang bei: 10-2.1 _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Umsetzung Tempo 30 nachts

Wir beantragen:

- Die Verwaltung beziffert die notwendigen Haushaltsmittel zur Umsetzung von Tempo 30 in den Nachtstunden zwischen 22.00 und 6.00 Uhr auf den von Lärm besonders belasteten 80 km Hauptverkehrsstraßen im Stadtgebiet und stellt die hierfür nötigen Ressourcen in den Haushalt ein.

Begründung:

Mit der GRDRs 595/2018 wurde ein Gutachten für ein Geschwindigkeitskonzept auf Hauptverkehrsstraßen als Kernbaustein für die Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt in Auftrag gegeben. Konkret wird nun, wie von Stadträt*innen unserer Fraktion bereits seit langem gefordert, Tempo 30 in den Nachtstunden untersucht. An 80 km Hauptverkehrsstraßen besteht ein Mittelungspegel nachts von über 60dB(A), wodurch die Gesundheitsgefährdung erheblich ansteigt. 15.500 Menschen sind durch diese sehr hohen Lärmimmissionen stark belastet und erheblich gesundheitsgefährdet. Die Lärmkartierung 2017 zeigte, dass die Lärmbelastung gegenüber 2012 für das Stadtgebiet als Ganzes unverändert blieb.

Eine Verringerung von 50 km/h auf 30 km/h würde den Mittelungspegel an diesen stark belasteten Straßen um 2,5 dB(A) senken und zusätzlich den Verkehrsfluss verstetigen, was zusätzliche stark lärmindernde Effekte nach sich ziehen würde. Ergänzend sind positive Effekte hinsichtlich Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung anzunehmen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Fußgängerfreundliches Stuttgart

Wirbeantragen:

1. Zur Umsetzung des Fußverkehrskonzepts sind ab dem Haushaltsjahr 2020 ff. je 2 Mio. Euro in den Haushalt einzustellen.
2. Zur Umsetzung der im Aktionsplan Nachhaltig mobil in Stuttgart formulierten Ziele zur Schaffung zusätzlicher Fußgängerzonen und verkehrsberuhigter Bereiche im gesamten Stadtgebiet wird pro Haushaltsjahr und in der mittelfristigen Finanzplanung ein zweckbestimmtes Budget für die äußeren Stadtbezirke beim Tiefbauamt i.H.v. 2 Mio. Euro eingestellt.
3. Das Budget zur Behebung von Schäden an Belägen in Fußgängerzonen und auf öffentlichen Plätzen wird um 1 Mio. Euro pro Haushaltsjahr erhöht.
4. Im Stellenplan sind entsprechend unbefristete Planer- und Ingenieursstellen nach der Formel eine Vollzeitstelle je eine Million Euro Investitionsmittel zu schaffen. Der Stellenplan wird dementsprechend angepasst.
5. Im Stellenplan wird zusätzlich die Stelle des/der Fußverkehrsbeauftragten geschaffen.

Begründung:

Attraktive und sichere Fußwegeverbindungen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche sind essentiell für das Leben in einer Stadt. Die urbane Qualität einer Stadt und die Zufriedenheit ihrer Bewohner*innen lässt sich treffsicher an der Zahl alter Menschen und Kindern im öffentlichen Raum ablesen, so der Stadtplaner Prof. Jan Gehl. Denn öffentlicher Raum ist mehr als Bewegungsfläche. Er fasst das öffentliche Leben, ist Ort für Kommunikation und Begegnung. Viele stark frequentierte Bereiche sind jedoch in einem schlechten Zustand: Zerstörte Bodenbeläge, rechtswidrig parkende Fahrzeuge, Vermüllung, Mängel bei Stadtgrün und Verweilmöglichkeiten, bauliche Barrieren und technische Installationen stören diese wichtige Funktion. Öffentliche Räume sollten aber einem hohen gestalterischen Anspruch unterliegen und einen einladenden, menschenfreundlichen Charakter besitzen.



Zudem ist das zu Fuß Gehen die urbanste, nachhaltigste und gesündeste Form der Fortbewegung, mit erheblich positiven Effekten bezüglich der Lärminderung und

MOBILITÄT & VERKEHR

Luftreinhaltung. Das zu Fuß Gehen ist auch eine Maßnahme, um Funktionsverlusten vorzubeugen, denn es belebt Erdgeschosslagen und stärkt nachhaltig den Handel.

Viel zu lange schon wird das zu Fuß Gehen politisch vernachlässigt. Mit dem Fußverkehrskonzept liegt nun ein erstes Grundlagenwerk vor, das mit entsprechenden Haushaltsmitteln und Stellen unterlegt werden muss, um seine positiven Effekte zu entfalten. Auch der Aktionsplan nachhaltig mobil in Stuttgart formuliert als Maßnahme, die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in allen Stadtbezirken schrittweise auszudehnen – jedoch wurde hierfür kein spezifischer Haushaltstitel im Entwurf hinterlegt. Für eine Umgestaltung im Sinne des zu Fuß Gehens bieten sich insbesondere die im Zentrenkonzept definierten Versorgungsbereiche an.

Darüber hinaus ist zur Finanzierung des „Stuttgarter Rechtecks“ und dem Bremer Modell der Gehwegnasen zur Schaffung von Carsharing-Abstellflächen eine Aufstockung des Fußverkehrsetats notwendig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum: Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit: Uhrzeit:
--	--------------------------

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Dienstfahrradleasing für alle städtischen Beschäftigten

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat für alle städtischen Beschäftigten ein Dienstleasingfahrrad-Angebot zu schaffen, sodass sie ein Dienstfahrrad/Pedelec erhalten können. Die hierfür ggf. notwendigen Haushaltsmittel und Stellenanteile sind darzustellen.

Begründung:

Der Gesetzgeber fördert steuerlich Dienstleasingfahrräder, um den Verkehr zu entlasten und die Umwelt zu schützen. Zum Jahreswechsel 2018/2019 wurde das steuerfreie, arbeitgeberfinanzierte Dienstrad möglich gemacht, im März folgt die 0,5-Prozent-Regel für das Fahrradleasing per Gehaltsumwandlung – für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dank der staatlichen Förderung das umweltfreundliche Dienstrad noch attraktiver. Die betriebliche Überlassung vom Fahrrad oder E-Bike als Dienstrad basiert auf einem Erlass der Landesfinanzministerien aus dem Jahr 2012. Der Erlass weitete das so genannte Dienstwagenprivileg (1 %-Regel) auf Fahrräder, Pedelecs und S-Pedelecs aus. Unternehmen können auf der Grundlage des Erlasses ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Dienstrad mit Steuervorteilen zur Verfügung zu stellen. Der derzeit größte Anbieter JobRad hat bereits für 15 000 Unternehmen von Großkonzernen bis kleinen Handwerksbetrieben ein solches Angebot ausgearbeitet. Die Stadt Stuttgart würde ein solches Angebot beim Thema nachhaltige Mobilität ein Stück weiter nach vorne bringen.



 Thomas Adler Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Barcelona Superblock – Modellhafte Umsetzung

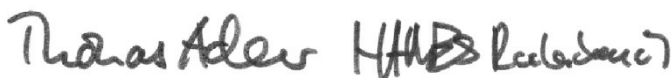
Wir beantragen:

1. Die Verwaltung beauftragt ein externes Planungsbüro mit der zeitlich befristeten Erprobung des Konzepts „Barcelona Superblock“ als Projekt der geordneten städtebaulichen Entwicklung in einem hierfür geeigneten Stadtbezirk. Hierzu werden Planungsmittel in Höhe von 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Mit dem Modell „Barcelona Superblock“ verbannt Barcelona Autos mit einem genialen Konzept aus der Innenstadt. Statt Autolärm sind auf den Straßen spielende Kinder und Jugendliche zu hören. Eltern sitzen auf Bänken und genießen die Sonne, reden miteinander. Ausgehend vom „Urban Mobility Plan of Barcelona“ mit seinem „Superblock“-Konzept wurden einige Stadtviertel radikal autofrei gemacht. Kreuzungen und Straßen sind nun eine Begegnungsstätte für Anwohner und Passanten.

Der Verkehr wird um den Superblock herumgeleitet. Im Inneren gilt Tempo 10, Fußgänger*innen und Radfahrende haben Vorrang. Anwohner und Lieferanten können mit Pkw oder Lieferfahrzeugen durch die Blöcke fahren, der übrige Verkehr bleibt draußen. Autofahrende können nicht durch den ganzen Block fahren, sondern immer nur um einzelne Teilblöcke. Und sie können immer nur links abbiegen. Die frei gewordenen Flächen, wie ehemalige Kreuzungen, sind nun Spielplätze oder Fußballfelder. Statt großer Straßen sollen bei den Superblöcken Fahrrad- und Fußwege ausgebaut werden. Dadurch fällt es Anwohnern leichter, auf ihr Auto zu verzichten. Experten sehen in diesem Konzept ausschließlich Vorteile und ziehen es als Referenzprojekt heran für innovative Quartiersentwicklung.



Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Jeden Sonntag autofrei – und ÖPNV kostenlos

Wir beantragen:

1. Der autofreie Sonntag findet ab dem Jahr 2020 jede Woche statt. Hierfür werden die Bundesstraßen B14 zwischen den Bereichen Am Neckartor/Willy-Brandt-Straße/Konrad-Adenauer-Straße/Hauptstätter Straße gesperrt, sowie die B27 und B27a zwischen Theodor-Heuss-Straße/Heilbronner Straße und der Paulinenstraße/-Brücke, sowie die Schillerstraße vor dem Hauptbahnhof (der komplette Cityring) sowie alle innerhalb des Rings liegenden Straßen für den motorisierten Individualverkehr ganztags gesperrt.
2. Pro Haushaltsjahr werden 5 Mio. Euro zur Durchführung eines wöchentlich wiederkehrenden autofreien Sonntags bereitgestellt. Hiervon wird dem VVS ein Defizitausgleich zur Durchführung des kostenlosen Nahverkehrs an diesen Sonntagen gewährt. Die Zuschussgewährung wird davon abhängig gemacht, ob der VVS belegen kann, dass im Jahresverlauf 2020 ein tatsächlicher Rückgang bei den Ticketeinnahmen verzeichnet wird.

Begründung:

Seit dem ersten Antrag zu einem autofreien Sonntag im April 2005 sind bis zum 18. Oktober diesen Jahres 5303 Tage vergangen, ehe die Verwaltungsspitze sich dazu durchringen konnte, einen autofreien Sonntag am 22. September 2019 zu veranstalten. Wir sehen aber sowohl bei der Umsetzungsdauer Beschleunigungspotenzial wie auch bei der Fläche Steigerungsmöglichkeiten, da nur 0,069 Prozent des Stuttgarter Straßennetzes gesperrt wurde. Eine gewisse Regelmäßigkeit autofreier Sonntage bietet die Chance, dass sich die Menschen darauf einstellen können, eine Vorstellung bekommen, wie eine echte Verkehrswende zu schaffen ist und nicht zuletzt die Vorzüge des kostenfreien ÖPNV erleben können. Autofreie Sonntage gab es in Deutschland in den 1970-er Jahren, andere Städte praktizieren dies regelmäßig (Kiew) und umfassend (Rom, Bogotá).

Der kostenfreie ÖPNV für einen Tag in der Stuttgarter Tarifzone 1 wurde vom Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) für den Sonntag, 22. September 2019 mit 200.000 Euro beziffert (GRDs 793/2019), wobei unklar blieb, wie sich diese Kosten zusammenstellten. Weder wurden die Ticketeinnahmen des sogenannten Gelegenheitsverkehrs für einen

MOBILITÄT & VERKEHR

vergleichbaren Sonntag transparent dargelegt, noch der Ausfall auf eine zufällig runde Summe von 200.000 Euro erklärt. Somit bleibt der VVS den Nachweis schuldig, dass ihm am 22. September 2019 tatsächlich 200.000 Euro Ticketeinnahmen für die Stuttgarter Tarifzone entgangen sind. Zudem ist davon auszugehen, dass durch kostenlosen Nahverkehr jeden Sonntag ein erheblicher Werbeeffekt für den ÖPNV kommt. Dies kann zu einer Zunahme der Fahrgäste an anderen Tagen und Mehreinnahmen im VVS führen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____
 Eingang bei: 10-2.1 _____
 Datum: _____ Uhrzeit: _____

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Reale Kosten des Verkehrs – Externe Ermittlung nach dem Konzept der Uni Kassel


Wir beantragen:

Die Verwaltung stellt dar, welche Ressourcen notwendig sind, um die realen Kosten des Verkehrs zu erfassen, wie es unsere Fraktion im Antrag GRDRs 8/2019 beantragt hat.

Begründung:

Eine Studie der Universität Kassel (NRVP 2020 –Welche Kosten verursachen verschiedene Verkehrsmittel wirklich?) hat gezeigt, dass die realen Kosten für den Kfz-Verkehr ein Mehrfaches dessen verursacht wie der ÖPNV. In der Studie wurde deutlich, dass es je nach Stadt erhebliche Unterschiede gibt. Die Forscher*innen haben ein digitales Werkzeug entwickelt, welches es den Städten und Gemeinden erlaubt, die jeweiligen Kosten für Kfz-, ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zu ermitteln.

Wir wollen, dass beim Thema nachhaltige Mobilität mit transparenten, nachvollziehbaren und ehrlichen Zahlen gearbeitet wird, daher sollte die Stadt das oben genannte Werkzeug anwenden und die Ergebnisse veröffentlichen. Die Kostenrechnung kann jährlich aktualisiert werden und so jedem Bürger und jeder Bürgerin zeigen, wie viel Steuergeld die Stadt für welchen Verkehrsträger ausgibt. Ebenso sollte offengelegt werden, wie viele Personalstellen für den motorisierten Individualverkehr (MIV), den ÖPNV, den Radverkehr und den Fußverkehr zur Verfügung stehen.

Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:
 Datum: Uhrzeit:
 Eingang bei: 10-2.1
 Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag


Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Neubürger*innen-Fahrradgutschein

Wir beantragen:

- Die Verwaltung schafft für Stuttgarter Neubürger*innen einen Anreiz, ein Fahrrad/Pedelec zu erwerben oder Services (Wartung, Reparatur) für ein Vorhandenes in Anspruch zu nehmen. Hierzu wird ein einmaliger und zeitlich befristeter Zuschuss i.H.v. 200,00 Euro pro Neubürger*in mittels eines Gutscheins gewährt. Hierzu legt die Verwaltung in 2020 dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage vor, sodass in 2021 das Programm umgesetzt werden kann. Die hierfür benötigten Mittel ab 2020ff werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt sowie den Stellenplan eingestellt.

Begründung:

Zweiradmobilität ist umweltschonend, gesundheitsförderlich und urban. Radfahren ist zudem aktiver Klimaschutz. Mittels eines Gutscheinmodells kann ein Anreiz geschaffen werden, frühzeitig das Mobilitätsverhalten von Neubürger*innen in der Orientierungsphase zu beeinflussen. Der Gemeinderat hat mit dem Zielbeschluss zur Fahrradstadt das Bekenntnis abgegeben, den Anteil des Radverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr auf 25 Prozent zu erhöhen. Das Anreizmodell unterstreicht den Zielbeschluss des Gemeinderats und fördert gleichzeitig den Fahrradhandel in Stuttgart.



Thomas Adler
 Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
 Fraktionsvorsitzender

MOBILITÄT & VERKEHR

Haushaltsantrag vom 30.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: _____ Uhrzeit: _____
 Datum: _____
 Eingang bei: 10-2.1 _____ Uhrzeit: _____
 Datum: _____

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff Schul- und Kitaweg sicher machen –Schutzzaun zwischen Polizeisiedlung und Vogelrain errichten

Wir beantragen:

1. Es werden Mittel für Material und Errichtung eines Schutzzauns zwischen der Polizeisiedlung und der Haltestelle Heslach Vogelrain in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Zur besseren Sicherung des Fußgängerwegs zwischen der Polizeisiedlung an der Böblinger Straße bis zur Haltestelle Vogelrain fehlen bisher noch Mittel für einen Zaun zwischen dem Fußweg und den Stadtbahngleisen. Die bisher bestehenden einholmigen Abschränkungen sind viel zu unsicher, da kleine Kinder leicht unten durchgehen können und dies nicht als Hindernis wahrnehmen. Diesen Straßenabschnitt sicherer zu machen, ist sehr wichtig, da hier die täglichen Schul- und Kindergartenwege der Siedlungskinder entlangführen.

Der Bereich direkt vor den Häusern der Polizeisiedlung wurde vom Gemeinderat bereits bewilligt, ebenso ist der Bereich Richtung Haltestelle Waldeck mit bis zu 50.000 € aus dem Bezirksbudget finanziert. Die hier beantragten Mittel beziehen sich nun auf die Errichtung des Schutzzauns in einem dritten Abschnitt. Mit der Bewilligung dieser Mittel könnte endlich die gesamte Strecke zwischen den beiden Haltestellen gesichert werden.

Bereits seit Ende der 80er Jahre fordern Anwohner*innen der Polizeisiedlung, die Gefahrensituation für Kinder und Erwachsene zu entschärfen, da hier die Stadtbahnen extrem nahe und mit vergleichsweise hoher Geschwindigkeit am Fußgängerweg vorbeifahren und zugleich die Abschränkung zwischen Fußweg und Schienen sehr ungenügend ist. Die Vorschläge zur Entschärfung der Gefahrensituation reichten von Geschwindigkeitsbegrenzungen für Stadtbahnen bis hin zur Verlegung der Stadtbahngleise u.v.m. Die Politik reagierte jahrelang mit Vertröstungen und Hinhaltenaktik, indem gelegentlich umfassende Maßnahmen in Aussicht gestellt wurden. Umgesetzt wurde jedoch nichts. Inzwischen hat das Tiefbauamt einen Zaun von der Polizeisiedlung bis Haltestelle Waldeck eingeplant. Es wäre nur konsequent, den Zaun auch in Richtung Vogelrain zu ziehen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler Hannes Rockenbach
 Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender